

leicht
erklärt!

Was ist ein Tarif-Vertrag?

Regeln für gerechte Arbeit



Worum geht es?

Die Politiker im Bundes-Tag haben diese Woche auch darüber geredet: Tarif-Verträge.

Ein Tarif-Vertrag ist ein Vertrag über die Arbeit.

Er wird zwischen Arbeit-Gebern und Gewerk-Schaften gemacht.

Gewerk-Schaften setzen sich für die Rechte von Arbeit-Nehmern ein.

Zum Beispiel mit Streiks.

Die Bundes-Regierung möchte dazu ein neues Gesetz.



Diese Fragen werden im Text beantwortet:

- Was steht in einem Tarif-Vertrag?
- Warum gibt es das?
- Wie viele Firmen haben einen Tarif-Vertrag?
- Was plant die Bundes-Regierung?
- Welche Meinungen gibt es dazu?

Was steht in einem Tarif-Vertrag?

In einem Tarif-Vertrag stehen wichtige Regeln für Arbeit-Geber und Arbeit-Nehmer.

Zum Beispiel steht das in einem Tarif-Vertrag:

- Wie viel Geld bekommen die Arbeit-Nehmer?
- Wie lange arbeiten sie?
- Wie viel Urlaub haben sie?
- Wofür bekommen sie Extra-Geld? Zum Beispiel für Nacht-Dienste.
- Welche Regeln gibt es für Schulungen?



Firmen, in denen es Tarif-Verträge gibt, nennt man auch so: tarif-gebunden.

Das heißt meistens das:

- Die Firma ist in einem Arbeit-Geber-Verband.
- Die Arbeit-Nehmer sind in einer Gewerk-Schaft.

Dann gilt der Tarif-Vertrag für alle in der Firma.

Andere Firmen können freiwillig diese Regeln nutzen.

Sie müssen das aber nicht.

Warum gibt es Tarif-Verträge?

Tarif-Verträge schaffen klare und gleiche Regeln.

So wissen alle, welche Regeln gelten.

Arbeit-Nehmer haben Sicherheit.

Arbeit-Geber müssen nicht jeden Vertrag einzeln verhandeln.

Tarif-Verträge helfen auch dabei:

Der Wettbewerb zwischen den Firmen ist gerecht.

Wenn alle ähnliche Löhne zahlen, dann hat keine Firma einen Nachteil.



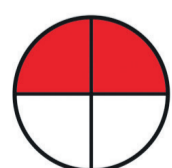
Wie viele Firmen haben Tarif-Verträge?

In Deutschland haben nicht alle Firmen Tarif-Verträge.

Etwa die Hälfte der Arbeit-Nehmer arbeitet in Firmen, die tarif-gebunden sind.

In manchen Regionen sind es weniger.

Vor allem in Ost-Deutschland.



Es gibt aber eine Entwicklung:

Immer weniger Firmen in Deutschland haben Tarif-Verträge.

Was plant die Bundes-Regierung?

Die Bundes-Regierung möchte, dass wieder mehr Firmen Tarif-Verträge nutzen.

Darum hat sie ein neues Gesetz vorgeschlagen.

Der Vorschlag geht so:

Nur Firmen mit Tarif-Verträgen sollen bestimmte Aufträge vom Bund bekommen.

Solche Aufträge sind Arbeiten, die der Staat an Firmen gibt.

Das sind Beispiele dafür:

- Straßen bauen
- Brücken reparieren
- Gebäude reinigen
- Fahrzeuge liefern
- Technik reparieren



Firmen ohne Tarif-Vertrag sollen diese Aufträge nicht mehr erhalten.

Was ist das Ziel vom Gesetz?

Die Bundes-Regierung hat mehrere Ziele:

1. Mehr Firmen mit Tarif-Verträgen

Wenn Firmen mit Tarif-Vertrag Vorteile haben, sollen mehr Firmen beitreten.

2. Gerechte Löhne

Arbeit-Nehmer sollen gerecht bezahlt werden.

3. Bessere Bedingungen

Arbeits-Zeit, Urlaub und Schulungen sollen klar geregelt sein.

4. Vorbild sein

Der Staat will zeigen: Gute Arbeit wird gerecht bezahlt.

5. Gleiche Bedingungen im Wettbewerb

Firmen mit guten Löhnen sollen keine Nachteile haben.

Das Gesetz soll dafür sorgen:

Der Staat arbeitet nur mit Firmen zusammen, die sich an solche Regeln halten.



Wie soll das dann ablaufen?

Wenn eine Firma für den Staat arbeiten will, muss sie bestimmte Dinge nachweisen.

Sie muss eines von diesen beiden Dingen zeigen:



- Wir sind tarif-gebunden.
- Wir haben gerechte Löhne und Regeln wie mit einem Tarif-Vertrag.

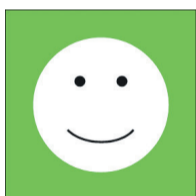
Das soll auch für Firmen gelten, die nur bei der Aufgabe mithelfen.

Wenn die Firmen das nicht nachweisen können, dann passiert das:

Sie dürfen nicht für den Staat arbeiten.

Und in diesem Fall wird die Firma sogar bestraft:

Die Firma lügt, um für den Staat arbeiten zu dürfen.



Welche Meinungen gibt es dazu?

Manche finden den Vorschlag für das neue Gesetz gut.

Andere finden die Idee nicht so gut.

Das finden Leute gut

Viele Gewerk-Schaften und Arbeit-Nehmer finden die Idee zum Gesetz gut.

Das sind Gründe dafür:

Mehr Schutz für Arbeit-Nehmer

Mit Tarif-Verträgen gibt es gerechte Regeln für die Bezahlung und die Arbeits-Zeit.

Weniger Nachteile für Firmen

Wenn alle ähnliche Regeln haben, gibt es weniger Firmen mit sehr niedrigen Löhnen.



Bessere Stimmung

Arbeit-Nehmer mit gerechter Bezahlung sind oft zufriedener.

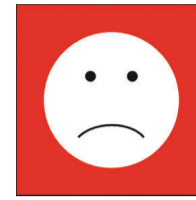
Bessere Arbeit

Wenn Arbeit-Nehmer zufriedener sind, dann machen sie oft bessere Arbeit.

Staat als Vorbild

Der Staat kann zeigen:

Gute Arbeit ist eine gerechte Bezahlung wert.



Das finden Leute schlecht

Manche Leute finden die Idee für das Gesetz aber nicht gut.

Oder zumindest manche Teile davon.

Zum Beispiel Wirtschafts-Verbände.

Das sind Gründe dafür:

Mehr Regeln für Firmen

Firmen müssen schon heute viele Nachweise vorlegen.

Das kostet Zeit und Geld.

Besonders für kleinere Firmen ist das sehr schwierig.

Mit dem neuen Gesetz wäre das noch schwieriger.

Weniger Wettbewerb

Viele kleine Firmen haben keinen Tarif-Vertrag.

Sie können dann nicht mehr für den Staat arbeiten.

Wenn nur noch wenige große Firmen für den Staat arbeiten können, dann kann das passieren:



Der Staat muss mehr Geld für die Arbeit bezahlen.

Das Gesetz wirkt vielleicht nicht

Manche Leute sagen auch:

Solche Regeln gibt es schon in manchen Bundes-Ländern.

Trotzdem ist die Zahl der Tarif-Verträge dort nicht gestiegen.

Sie vermuten:

Das passiert auch, wenn der Staat diese Regel einführt.

Der Staat darf das nicht

Manche Leute sagen auch:

Der Staat darf sich bei Verträgen zur Arbeit nicht einmischen.

Dazu gibt es eine Regel im Grund-Gesetz.

Doch so genau steht das da nicht drin.

Deshalb gibt es dazu verschiedene Meinungen.

Viel Aufwand

Mit dem neuen Gesetz würde das passieren:

Der Staat muss überprüfen, ob eine Firma die Regeln einhält.

Manche sagen deshalb:
Es kostet dann mehr Zeit und Geld, eine Aufgabe zu vergeben.

Und der Staat gibt schon genug Geld aus und soll lieber sparen.

Was passiert jetzt?

Der Bundes-Tag hat in dieser Woche über den Vorschlag gesprochen.

Die Politiker von den verschiedenen Parteien haben das gemacht:

Ihre Meinung zu der Idee von der Bundes-Regierung gesagt.

Darüber abgestimmt wurde aber noch nicht.

Das passiert erst später.

Deshalb kann es noch eine Weile dauern, bis das neue Gesetz kommt.

Vielleicht wird aber auch dagegen gestimmt.



Die Bundes-Regierung möchte, dass wieder mehr Firmen Tarif-Verträge nutzen.

Darum schlägt sie ein neues Gesetz vor.

Das Gesetz sagt:

Nur Firmen mit Tarif-Vertrag sollen Aufträge vom Bund bekommen.

Zum Beispiel für Straßen-Bau, Reinigung oder Lieferungen.

Die Regierung sagt:

So gibt es gerechte Löhne, bessere Bedingungen und gerechten Wettbewerb.

Der Staat will ein Vorbild sein.



Viele finden das gut.

Gewerk-Schaften sagen:

Tarif-Verträge schützen Arbeit-Nehmer und sorgen für gute Bezahlung.

Beschäftigte sind zufriedener und leisten bessere Arbeit.

Andere finden das schwierig.

Wirtschafts-Verbände sagen:

Das macht alles für die Firmen noch schwieriger.

Kleine Firmen haben Nachteile, wenn sie mehr Nachweise bringen müssen.

Es kann mit dem Gesetz weniger Wettbewerb geben und alles teurer werden.

Der Staat soll sich nicht in Tarif-Verträge einmischen.

Der Bundes-Tag hat diese Woche über den Vorschlag geredet.

Ob das Gesetz kommt, das wird später entschieden.



Kurz zusammengefasst



Ein Tarif-Vertrag ist ein Vertrag über die Arbeit.

Er wird zwischen Arbeit-Gebern und Gewerk-Schaften gemacht.

In einem Tarif-Vertrag stehen feste Regeln zur Bezahlung und zur Arbeits-Zeit.

Und auch noch andere Dinge stehen darin.

Wenn eine Firma einen Tarif-Vertrag hat, heißt das:

Sie ist tarif-gebunden.

Dann gelten dort die Regeln für alle Arbeit-Nehmer.

Andere Firmen können sich an diese Regeln halten, müssen es aber nicht.

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom
NachrichtenWerk
der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch
An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de
Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Christian Strunz,
Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / dpa / photothek. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 42/2025
Die nächste Ausgabe erscheint am 18. Oktober 2025.